

**BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN**  
**ABTEILUNG II/8**

GZ. 36 1017/1-II/8/93

(258lg)

DVR: 0000078  
Himmelpfortgasse 4-8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telex 111688  
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:  
MR Dr. Ditzfurth  
Telefon:  
51 433 / 1825 DW

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. ....	06 -GE/19 03
Datum:	8. FEB. 1994
Verteilt	8. Feb. 1994

*H. Labradar*

In der Anlage werden 25 Exemplare der Stellungnahme des BMF zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Erleichterung der Ansiedlung gewerblicher Betriebsanlagen in Industriegebieten (Betriebsansiedlungserleichterungsgesetz - BAEG) übermittelt.

3. Februar 1994

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*[Signature]*

**BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN**  
**ABTEILUNG II/8**

**GZ. 36 1017/1-II/8/93**

DVR: 0000078  
Himmelpfortgasse 4-8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telex 111688  
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:  
MR Dr. Ditzfurth  
Telefon:  
51 433 / 1825 DW

An das  
Bundesministerium für  
wirtschaftliche Angelegenheiten  
Stubenring 1  
1012 W i e n

**Betr:** Entwurf eines Bundesgesetzes über die  
Erleichterung der Ansiedlung gewerblicher  
Betriebsanlagen in Industriegebieten  
(Betriebsansiedlungserleichterungsgesetz -  
BAEG); Begutachtungsverfahren  
Schreiben des BMwA vom 9.12.1993,  
Zl. 32.830/60-III/2/93

Das Bundesministerium für Finanzen erhebt gegen den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Erleichterung der Ansiedlung gewerblicher Betriebsanlagen in Industriegebieten (Betriebsansiedlungserleichterungsgesetz) unter der Voraussetzung keinen Einwand, daß die Bedeckung allfälliger geringfügiger Kosten in den Ansatzbeträgen des do. BM sichergestellt ist.

Soweit dieser Gesetzesentwurf Bestimmungen über Verpflichtungen anderer Gebietskörperschaften insbesondere der Länder enthält, wird unterstellt, daß diesen keine finanziellen bzw. nur ganz geringfügige Belastungen dadurch erwachsen. Andernfalls bedürfte es entsprechender vorheriger Verhandlungen gem. § 5 Finanzausgleichsgesetz.

Hinsichtlich der vorgesehenen Konstruktion wäre folgendes zu bedenken:

Es könnte der Fall eintreten, daß das nach den Materien gesetzten erforderliche Verfahren letztlich nicht zu dem selben Ergebnis kommt wie das Vorprüfungsverfahren. In einem solchen Fall könnten allenfalls Ersatzforderungen seitens der Unternehmer gestellt werden. Es darf daher angenommen werden, daß von do. bereits entsprechende Vorsorge getroffen wurde, daß ein solcher Fall nicht eintreten kann.

**25 Abdrucke der ho. Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.**

**3. Februar 1994**

**Für den Bundesminister:**

**Dr. Schultes**

**Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:**

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. Schultes' or similar, written in a cursive style.